

Brüssel, 30. Mai 2001

Kommissarin Diamantopoulou sieht 2003 als Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen vor. Meinungsumfragen zeigen, dass die EU-Bürger eine stärkere Integrierung von Behinderten wünschen.

Die Kommission nahm heute einen Vorschlag an, das Jahr 2003 zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen zu erklären. Kommissarin Anna Diamantopoulou begrüßte diesen Schritt, zu dessen Unterstützung EU-Mittel von 12 Millionen Euro vorgesehen sind, mit diesen Worten: "Im Jahr 2003 muss Europa sich der Behinderungsproblematik stärker öffnen und die Schranken, die einer gleichberechtigten Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am Alltagsleben entgegenstehen, in Frage stellen." Der Vorschlag für einen Beschluss des Rates wird genau an dem Tag vorgelegt, an dem die erste EU-weite Eurobarometer-Erhebung über Einstellungen gegenüber Behinderten vorgestellt wird, die es jemals gab. Aus der Umfrage bei 16 000 Personen geht hervor, dass mehr als 97% der EU-Bürger der Auffassung sind, man sollte größere Anstrengungen unternehmen, um Behinderte stärker in die Gesellschaft einzugliedern, und dass 60% der EU-Bürger mindestens einen behinderten Menschen persönlich kennen.

Etwa 38 Millionen Europäer - d. h. 10% der Bevölkerung - leiden unter einer Behinderung. Obwohl schon einiges erreicht worden ist, haben sie in der ganzen EU immer noch mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn es darum geht, Verkehrsmittel mit angemessenen Zugangsmöglichkeiten zu finden, in Gebäude und Einrichtungen hinein zu kommen oder Schulen und Arbeitsplätze zu erreichen. Aus der Eurobarometer-Erhebung 54, die im Januar bei einer Stichprobe von mehr als 16 000 Personen durchgeführt wurde, geht hervor, dass fast alle Europäer mit dieser Situation vertraut sind. Sie sind der Meinung, dass im gesellschaftlichen Leben Zugang und Beteiligung für Menschen mit Behinderungen weiterhin mit großen Schwierigkeiten verbunden sind (*siehe beigefügte nähere Angaben*). Dabei bestätigen 60% der Befragten, dass sie einen oder mehrere Behinderten kennen, wobei ein davon Viertel aussagt, dass es sich dabei um Familienmitglieder handelt.

Aus der Erhebung ergibt sich, dass bei den europäischen Bürgern massive Unterstützung (97%) für Maßnahmen zur stärkeren Integrierung von Menschen mit Behinderungen zu finden ist. Eine überwältigende Mehrheit von 93% der Befragten ist auch der Ansicht, man sollte mehr Mittel aufbringen, um die materiellen Schranken abzubauen, mit denen sich Behinderte konfrontiert sehen.

Die Initiative der Kommission ist ganz eindeutig im Zeichen der Europäischen Sozialagenda zu sehen, die letzten Dezember auf dem Gipfel von Nizza gebilligt wurde und die entsprechende Maßnahmen fordert. Mit dem Europäischen Jahr der behinderten Menschen will man für die Rechte von Behinderten sensibilisieren und dazu anregen, über Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit nachzudenken und zu diskutieren und diese einzuleiten.

Die Kommission hat im Bereich Behinderungen bereits viel geleistet. Hilfe kommt von Standardmaßnahmen des Europäischen Sozialfonds zur Unterstützung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus enthält das Programm EQUAL (2000-2006), das jetzt in den Mitgliedstaaten angelaufen ist, spezielle Bestimmungen für Aktivitäten, mit denen Diskriminierungen von Behinderten bekämpft werden sollen. Mit den für das Europäische Jahr vorgesehenen Mitteln will man ein umfassendes Engagement und Unternehmungen anregen wie z. B. Sensibilisierungsmaßnahmen, Events, Treffen und Berichte. Ergänzend kommen sonstige Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene hinzu.